

Kubaner werden keck

Bürgerinitiativen fordern per Petitionsrecht alles – vom Privateigentum bis zur Demokratie

Die Kubaner entdecken ihre Lust auf direktdemokratische Verfahren. Eine Petition fordert gar die Wiedereinführung des Privateigentums. Das Regime reagiert mit Repression.

Matthias Knecht, Mexiko-Stadt

Falls derzeit Schweizer Touristen in Kuba auftauchen, könnten sie an die Heimat erinnert werden. «Hunderttausend Unterschriften für das Eigentum», lautet die Überschrift auf Unterschriftenbögen, die Aktivisten in der Hauptstadt Havanna und anderswo Passanten hinhalten. Ein Initiativkomitee um den Menschenrechtler Darsi Ferrer, das mit der linksliberalen Fortschrittspartei zusammenarbeitet, ist für die Unterschriftensammlung verantwortlich. Die Fortschrittspartei ist zwar nicht von den Behörden anerkannt, aber es sind ihr auch nicht alle Aktivitäten ausdrücklich verboten. Ihre Mitglieder verbreiten Ferrers Unterschriftenbögen bis in die entlegensten Winkel der Karibikinsel.

Die Petition wirbt für die volle Anerkennung des Privateigentums. Ferrer will so die wirtschaftliche Privatinitiative fördern, wie er am Telefon berichtet. Er macht die Einschränkungen des Eigentumsrechts für die Armut in Kuba verantwortlich. «Die Politik der Kollektivierung und der Verstaatlichung ist gescheitert», sagt er.

Die Praxis ist anders

Ferrer ist überzeugt, dass er bis in vier Monaten die nötigen Unterschriften zusammenhat, um bei der Nationalversammlung, dem kubanischen Parlament, eine sogenannte Gesetzesinitiative einzubringen. Nach dem Gesetz muss das Parlament ein Begehren auf die Traktandenliste setzen, wenn 10 000 Stimmberechtigte ihre Unterschrift darunter gesetzt haben. Nicht nur das: Gemäss Verfassungsartikel 88 soll das Anliegen auch landesweit einer Diskussion unterbreitet werden. So weit die Theorie.

Wie die Behörden die wachsende Lust, das Petitionsrecht in Anspruch zu



Ein kubanischer Bauer auf seinem Stück Staatsacker. Die Regierung will neuerdings private Pachten zulassen. (Javier Galeano)

nehmen, in der Praxis behandeln, das musste kürzlich Belinda Salas erfahren. Sie ist die Wortführerin einer Bürgerinitiative, die Kubas System paralleler Währungen abschaffen will. Letzten Dezember schlugen Polizisten Belinda Salas in der Hauptstadt Havanna auf offener Strasse nieder, rissen ihr die Bluse vom Leib, zerrten sie in einen Streifenwagen und stiessen sie bei voller Fahrt aus dem Auto. Sie trug eine gebrochene Hand davon, wie sie aus Havanna berichtet.

Belinda Salas ist Präsidentin der kubanischen Landfrauenvereinigung, einer weiteren Organisation, die ein illegales Schattendasein fristet. Die engagierten Landfrauen hatten dem Parlament bis letzten November 21 000

Doppelspiel mit politischen Rechten

Was lässt die Kubaner gerade jetzt kollektive Bittschreiben unterzeichnen wie nie zuvor? Es sind die Änderungen unter Präsident Raúl Castro. Sie machten den Kubanern Mut, glauben die Wortführer der drei Volks-Petitionen, für die derzeit in Kuba Unterschriften gesammelt werden. Der seit einem Jahr amtierende Raúl Castro machte Zugeständnisse an internationale Menschenrechtsforderungen, im Gegensatz zu seinem kranken Bruder und Amtsvorgänger Fidel Castro.

Letzte Woche stellte sich Kuba in Genf erstmals einer Prüfung durch den Uno-Menschenrechtsrat. Der Bericht über die

Anhörung soll nächste Woche veröffentlicht werden. Ausserdem setzte Kuba die Todesstrafe aus und lud für dieses Jahr einen Uno-Berichterstatler ein.

Die Repression geht jedoch weiter. Laut der unabhängigen kubanischen Menschenrechtsorganisation Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación (CCDHRN) sind derzeit 205 politische Gefangene inhaftiert. Hinzu kommen Unterdrückungsmassnahmen, die international zu keinen Protesten führen. Die CCDHRN nennt Schikanen, Verhöre, kurzfristige Festnahmen und Prügel durch die Sicherheitskräfte. (maz.)

Unterschriften für die Abschaffung der Doppelwährung übergeben. Das Thema brennt vielen Kubanern unter den Nägeln. Während Arbeiter und Angestellte in nationalen Pesos bezahlt werden, sind viele Güter des Alltags nur gegen die an den US-Dollar gekoppelten konvertiblen Pesos erhältlich. «Mit gleicher Währung» heisst darum der doppeldeutige Titel der Bittschrift, was auch so viel heisst wie: «Mit gleicher Münze heimzahlen». Belinda Salas ist überzeugt: «Wir haben sehr viel Rückhalt im Volk.»

Der Pionier der kecken Ausnutzung des Petitionsrechts ist der Christlichdemokrat Oswaldo Payá. Eine von ihm angeführte Bürgerinitiative reichte in den Jahren 2002 und 2003 mehr als 25 000 Unterschriften für ihr Projekt Varela ein. Ziel ist eine eigentliche Volksabstimmung über eine Reihe konkreter Schritte, mit denen die kommunistische Einparteiherrschaft in eine pluralistische Demokratie inklusive Garantie des Privateigentums und Marktwirtschaft übergeführt werden soll. Die Regierung reagierte hart und verurteilte 75 Oppositionelle zu Haftstrafen zwischen 6 und 28 Jahren. Unter ihnen befanden sich auch Dutzende von Mitarbeitern Payás.

Behörden ratlos

Doch nun sammelt Payás Bürgerinitiative erneut Unterschriften für das Varela-Projekt. Verbunden ist die Aktion diesmal mit einem Vorschlag für ein «Gesetz zum Übergang vom Totalitarismus zur Demokratie». «Wir haben bereits genügend Unterschriften, um das Begehren einzubringen», sagt Julio Hernández, Exilkubaner in Miami und ein Sprecher der Bewegung. Man werde vorläufig weitersammeln.

Kubas kontrollierte Presse schweigt zu allen drei laufenden Unterschriftensammlungen. Doch die politische Führung sendet Signale aus. So hat sich die Anzahl der gegen einheimische Pesos erhältlichen Güter in den vergangenen Monaten deutlich erhöht. Ausserdem werden Kubas Medien nicht müde, auf die jüngsten Liberalisierungen in der Landwirtschaft hinzuweisen, die 45 500 Kubanern die private Pacht von Staatsland erlauben.

Mutter der Achtlinge sorgt in den USA für heisse Köpfe

In Amerika ist nach der Geburt von Achtlingen eine Debatte über künstliche Befruchtung entbrannt. Die kalifornischen Behörden ermitteln gegen den verantwortlichen Arzt.

Andreas Mink, New York

Elf Tage nach der Geburt ihrer Achtlinge in Los Angeles hat Nadya Suleman erklärt, Kindersegen sei «ihr einziger Wunsch im Leben». Das geht aus vorab veröffentlichten Auszügen eines Interviews hervor, das die Mutter dem Fernsehsender NBC gab. Nadya Suleman, eine Kalifornierin irakisch-litauischer Herkunft, hatte bereits 6 Kinder im Alter von 2 bis 7 Jahren. Wie die Achtlinge sind die übrigen Kinder der 33-Jährigen aus Embryos hervorgegangen, die ihr ein namentlich nicht bekannter Spezialist eingepflanzt hat.

Nach ihrer Entlassung aus dem Spital erklärte die Mutter, sie habe gewusst, dass sie mit mindestens sieben Kindern schwanger gegangen sei. Alle ihre 14 Kinder stammten vom gleichen Samenspender ab. Dessen Namen nennt Nadya Suleman nicht; er sei vom Trubel um die Achtlinge überwältigt, werde aber «in Zukunft für seine Nachkommen da sein».

Nadya Suleman will ihre College-Ausbildung als Kindertherapeutin fortsetzen und für den Unterhalt ihres Nachwuchses selbst aufkommen. Da sie in der 30. Schwangerschaftswoche durch Kaiserschnitt entbunden wurde, müssen die Frühchen bis Ende Februar im Spital bleiben. Die täglichen Kosten dürften bis zu 200 000 Dollar betragen.



Die Mutter der Achtlinge, Nadya Suleman (links), mit TV-Moderatorin Ann Curry. (AP)

Erfahrungsgemäss dürften die Kinder danach von gravierenden gesundheitlichen Problemen geplagt sein. Laut dem NBC-Interview, das morgen Montag ausgestrahlt werden soll, weiss Nadya Suleman nicht, wie sie die zu erwartenden Spitalrechnungen bezahlen werde. Sie wird jedoch von Angeboten für Auftritte und Filmrechte überschüttet.

Nadya Suleman heiratete 1996 und erlitt mehrere Fehlgeburten. Sie arbeitete als Technikerin in einer psychiatrischen Klinik und wurde 1999 von einem tobsüchtigen Patienten schwer verletzt. Sie war arbeitsunfähig und sank in eine tiefe Depression, an der ihre Ehe zerbrach. Obwohl sie ihre eigene Kindheit als «gestört» bezeichnet, lebt sie seither bei ihren Eltern in einem Bungalow bei Los Angeles. Laut eigener Aussage will sie erkannt haben, dass es ihre Bestimmung sei, viele

Kinder aufzuziehen. Neben der Zurechnungsfähigkeit der Mutter dreht sich die Debatte um die Verantwortung ihres Arztes. Gegen ihn ermittelt inzwischen die medizinische Aufsichtsbehörde in Los Angeles, wie am Freitag bekanntgegeben wurde.

Künstliche Befruchtungen werden landesweit nicht reguliert und in Privatkliniken vorgenommen. Genaue Zahlen fehlen. Laut Schätzungen sind in den USA eine halbe Million Embryonen im Hinblick auf eine Einpflanzung eingefroren. Obwohl Leitlinien die Einpflanzung von höchstens zwei Embryonen vorsehen, verwahren sich viele Mediziner gegen eine Einmischung des Gesetzgebers. «Es ist nicht unsere Aufgabe, Frauen zu sagen, wie viele Kinder sie haben dürfen», erklärte kürzlich der bekannte New Yorker Reproduktionsmediziner James Grifo.

Bruderschaft schliesst italienischen Priester aus

In Italien hat die erzkonservative Priesterbruderschaft St. Pius X. auf den öffentlichen Protest reagiert und den Priester und Holocaustleugner Don Florian Abrahamowicz aus ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen. Die italienische Niederlassung der Traditionalisten im Geist des verstorbenen Erzbischofs Marcel Lefebvre wirft Abrahamowicz vor, in jüngster Zeit Positionen vertreten zu haben, die dem Ansehen der Priesterbruderschaft schaden.

In einem Zeitungsinterview hatte der 47-jährige Priester gesagt, die Gaskammern Hitlers seien «zur Desinfektion» benutzt worden. Ob darin auch Menschen getötet worden seien, wisse er nicht, da er sich mit dieser Frage nicht eingehend auseinandergesetzt habe. Im Gespräch mit einem privaten Fernsehsender verurteilte er zudem das Zweite Vatikanische Konzil

als «cloaca maxima». Zuvor hatte bereits der von Lefebvre geweihte britische Bischof Richard Williamson die Judenvernichtung abgestritten. Der vom Papst jüngst wieder in die Kirche aufgenommene Brite will seine Aussage vorerst nicht widerrufen. Dem deutschen Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» sagte er, er wolle zunächst die historischen Beweise prüfen – «und das wird Zeit brauchen».

Kurienkardinal Javier Lozano Barragán verteidigte derweil Bischof Williamson. In der spanischen Zeitung «El Mundo» sagte Barragán, jeder Mensch könne einmal «eine Dummheit» sagen. «Aber muss man dafür gleich exkommuniziert werden?» Der Vatikan hatte mit erneuter Exkommunikation gedroht, wenn Williamson seine Leugnung des Holocaust nicht zurücknimmt. Patricia Arnold, Mailand

ANZEIGE

Wo nehmen die Anderen bloss immer die guten Ideen her?

Aktuelle Intensiv-Seminare zu Kreativität in Zürich: «Six Thinking Hats» am 11. März 2009; «Kreativitätstechniken für innovative Ideen» am 1. April 2009; «Denk- und Entscheidungswerkzeuge» am 3. April 2009. Details und Anmeldung unter www.bwi.ch

BWI
Management Weiterbildung

ETH
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich